

Belehrt



Silke Looden
über das Lüneburger Urteil

Das Landgericht Lüneburg hat eine 48-jährige Lehrerin aus Soltau für schuldig befunden, sich ein falsches Gesundheitszeugnis erschlichen zu haben, um ihre Tochter für Dreharbeiten ins Dschungel-Camp nach Australien zu begleiten. Dabei fiel die Geldstrafe geringer aus als in erster Instanz, aber das spielt kaum eine Rolle. Wer sich krank schreiben lässt, wenn es zuvor mit dem Sonderurlaub nicht geklappt hat, wirkt unglaubwürdig. Ob die Beamtin am Ende aus dem Dienst entfernt wird, darüber entscheidet das Verwaltungsgericht zwar erst im Juni, aber nach dem Urteil vom Dienstag dürfte ihre berufliche Zukunft verbaut sein.

Wenn sie tatsächlich unter einem Burn-out gelitten hat, war der Aufenthalt im sonnigen Australien sicher gut für sie. In diesem Fall hätte sie sich aber nicht erst wenige Tage vor Abflug krank schreiben lassen und vor allem die Ärzte über die bevorstehende Reise informieren sollen. Den Urlaub im Nachhinein vor Gericht als Therapie zu deklarieren, geht gar nicht. Leidtragende waren am Ende die Schüler, die mitten in der Abiturvorbereitung auf ihre Lehrerin verzichten mussten. Pflichtbewusstsein sieht anders aus.

Bericht Seite 14
silke.looden@weser-kurier.de

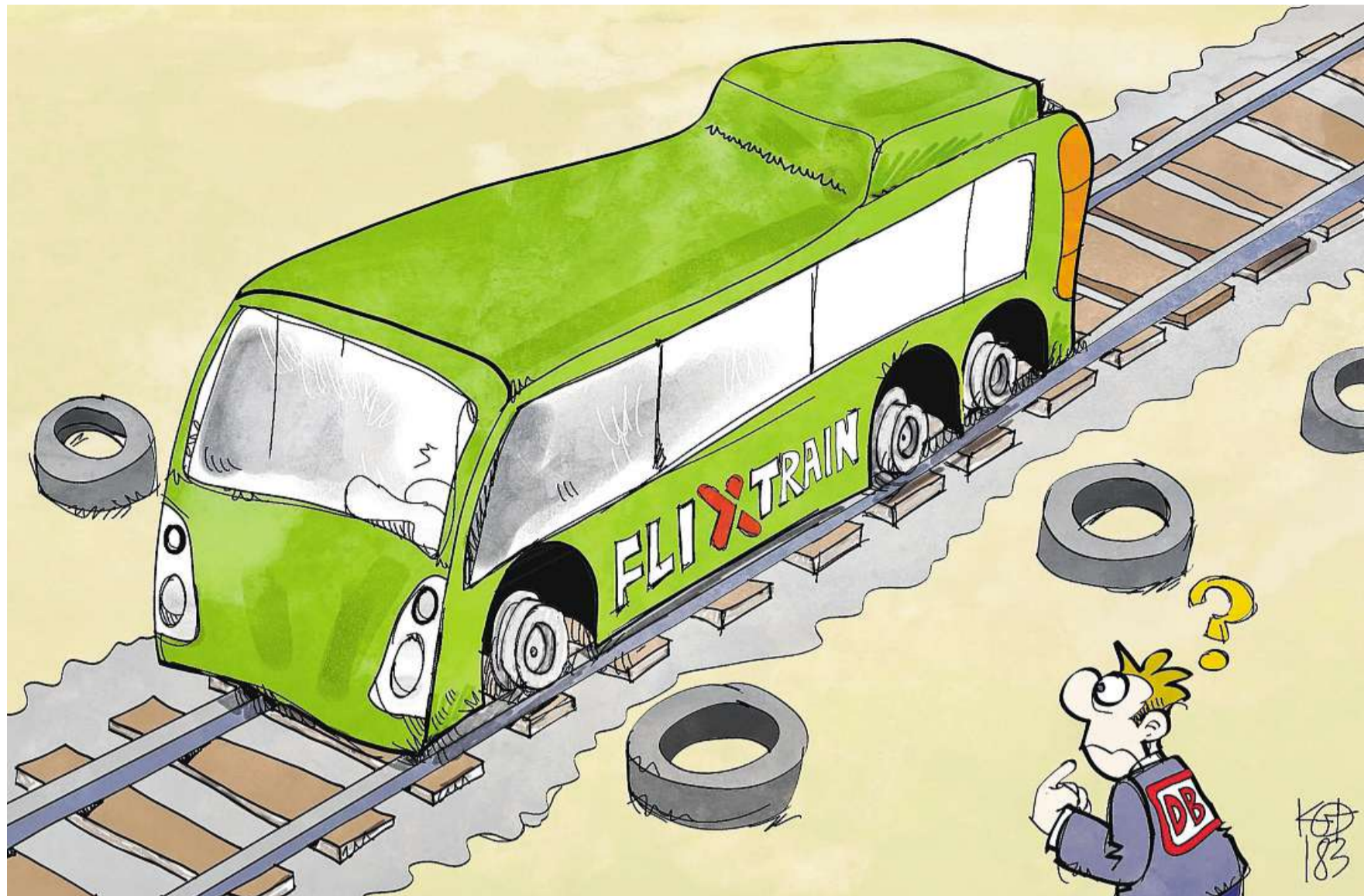
Bewusst



Nina Willborn
über die Bußgeld-Vergabe

Über die Vergabe von Bußgeldern entscheiden in Bremen Richter und Staatsanwälte – Menschen. Natürlich spielen bei Entscheidungen, die Menschen treffen, auch ihre Vorlieben und Interessen eine Rolle. Manchmal ganz bewusst, manchmal auch nicht. Doch der Faktor Mensch macht das ganze System, das Gutes tun will, anfällig, so lange nicht genau nachvollziehbar ist, und so lange es keine objektiven Vorgaben dafür gibt, wer warum welchen Betrag wem zukommen lässt, besteht immer die Gefahr des Amtsmissbrauchs. Die beiden Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft, deren Vergabepraxis nun überprüft wird, haben sich nicht selbst bereichert. Sie haben aber – möglicherweise – ihr Amt genutzt, um ihre privaten Interessen zu unterstützen. Wenn das dazu führt, dass nun im Justizressort darüber nachgedacht wird, ob man die Vergabe der Bußgelder neu regeln muss und wie man das System weniger anfällig für Missbrauch machen kann, ist das gut. Wie immer die Entscheidung am Ende auch ausfällt, ob man sich (ausnahmsweise mal) an Hamburg orientiert oder nicht: Was nicht passieren sollte, ist, dass die Vereine, die die Bußgelder in vielen Fällen dringend brauchen, darunter leiden.

Bericht Seite 9
nina.willborn@weser-kurier.de



Kostas Koufogiorgos

Wer nicht zuhört, erntet Gleichgültigkeit



Lisa-Maria Röhlings
über Jugend und Politik

Sie ist zurück. Nach Jahren der Apathie und des Stillstands ist sie endlich wieder laut geworden: die Jugend. In Deutschland proben die Jusos unter Kevin Kühnert den Aufstand gegen die Groko. In den USA gehen Schüler und Studenten für Gesetzesänderungen wieder auf die Straßen. Die politische Führungsriege in Washington will davon nichts wissen. Und das, obwohl sie sich seit Jahren über Nachwuchsprobleme und mangelnden Enthusiasmus der jungen Generation beschwert. Das ist gefährlich. Wer der Jugend nicht zuhört, provoziert Gleichgültigkeit. Es ist Zeit, die nächste Generation gestalten zu lassen. Nicht nur in den USA.

Viele Jahre galten Jugendliche als gleichgültig und unmotiviert. Sie wurden geboren, als die Teilung der Welt in Ost und West Geschichte war. Sie wuchsen mit Handys und dem Internet auf; ohne Mauern, mit Demokratie und Freiheit. Werte und Ziele, für die vorherige Generationen hart gekämpft hatten. Doch damit kam der Stillstand: Parteien fehlte der Nachwuchs, der politische Diskurs unter Jugendlichen blieb zurückhaltend. Ihre Interessen und privaten Prioritäten? Spaß haben und sich verwirklichen. Demonstrationen gegen geringe Renten oder für höhere Löhne? Nicht in ihrem Interesse.

„Politikverdrossenheit, Desinteresse, Egoismus“, schimpfte die Elterngeneration. Nun sind es genau diese Kritiker, die der Jugend die Zukunft verbauen. Denn das gewohnte Umfeld der Jugendlichen zerbricht: durch den

Brexit, die Wahl von US-Präsident Donald Trump, ein aufblühendes, rechtes politisches Spektrum, in dem die Waffen traditionell locker sitzen. Dies führte zu Tragödien wie dem Schulmassaker in Florida, das jetzt die Jugend in den USA auf die Straßen treibt: Die 18-jährige Emma Gonzalez spricht mit zitternder Stimme, weil es andere nicht mehr können. Weil ein Schütze es leicht hatte, in ihrer Schule ein Blutbad anzurichten. Die Schülerin ist wütend. Auf die Regierung, auf die Tatenlosigkeit der Älteren.

Die angeklagten Generationen reagieren mit Bevormundung: Die protestierenden Schüler seien zu jung,

Die Parteien haben versäumt, den Nachwuchs mitzunehmen.

um die komplizierten Waffengesetze zu verstehen, sagt ein Senator. Die Alten haben verlernt, die Jugend zu verstehen. Die Regulierung von Waffenkäufen bedeutet den Schülern mehr als das althergebrachte Grundrecht, eine solche zu tragen und sich damit zu verteidigen. Das würde grundlegende Veränderungen im amerikanischen Selbstverständnis bedeuten. Davon fürchten sich die Alten. Es zeigt sich nicht nur in der Diskussion über Waffengesetze: Während jene, die gerade erst wählen dürfen, in der Digitalisierung und in technischen Innovationen eine Verbesserung der Lebensqualität sehen, reagieren die Älteren mit Vorbehalt. Fortschritt? Fehlansage.

Wie gefährlich die Distanz zwischen amerikanischen Parteien und der

Jugend ist, zeigt sich am Wahlverhalten: Unter den 18- bis 24-Jährigen war 2016 die Beteiligung am geringsten. Trump war für die Jugend unwählbar, Clinton das geringere Übel. Gleichgültigkeit ist der Jugend trotzdem nicht vorzuerwerfen. Bei den landesweiten Protesten skandierten vor allem Schüler und Studenten „Not my President“. Sie waren laut, gut vernetzt und perfekt organisiert. Sowohl Demokraten als auch Republikaner haben versäumt, den Nachwuchs mitzunehmen. Fatal!

In Deutschland ist das nicht anders: Politische Karrieren beginnen erst mit Anfang 40, junge Parteimitglieder werden als unerfahren abgestempelt, ihre Positionen als wütendes Geschrei oder jugendlicher Leichtsinn diffamiert. Kein Wunder, dass das Vertrauen junger Wähler in die Parteien sinkt. Dabei zeigen Umfragen sogar, dass sich Jugendliche wieder mehr für Politik interessieren. Wer ihnen aber bedeutet, dass Mitspracherecht in der verkrusteten Parteipolitik erst nach Dekaden beginnt, muss sich über Nachwuchsprobleme nicht wundern.

Anstatt sich in internen Querelen und in Vorbehalten gegenüber anderen Parteien zu verstricken, sollte die Politik die Jugend ernst nehmen. Mit ihnen statt über sie reden. Dafür bedarf es der richtigen Themensetzung: Altersvorsorge und Eigenheimfinanzierung ist für die Jugend weit weg, sie müssen sich mit dem Schulsystem und der Berufsausbildung beschäftigen, mit der verschmutzten Umwelt und dem Klimawandel. Die Politik braucht neue Impulse. Die sind bei einer Generation, für die Digitalisierung, Offenheit und Demokratie selbstverständlich sind, eher zu finden als in alten Parteistrukturen. Lasst sie laut sein – und hört ihnen zu.

lisa-maria.roehling@weser-kurier.de

Der Tagesspiegel

über Dorothee Bär: „Vier Jahre ist Dorothee Bär jetzt Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur gewesen und mitverantwortlich dafür, dass Deutschland in Sachen schnelles Netz abgehängt ist im internationalen Vergleich. Diese Lächer müssen erst mal gestopft werden, bevor hier wie in Bärenvisionärer Vorstellung Flugtaxi abheben. Und doch setzt Bär einen wichtigen Punkt: Ohne solche Visionen wird sich Deutschland nicht zum Neuland entwickeln.“

Emder Zeitung

über Flix-Züge: „Will die Deutsche Bahn weiter das Alpha-Tier der Branche bleiben, muss sie handeln. Verspätungen und Wucherpreise für einfache Fahrten sollten der Vergangenheit angehören. Der giftgrüne Neuling bietet Fahrten von Hamburg nach Köln bereits ab neun Euro an. Zum Vergleich: Bei der Deutschen Bahn zahlt der Fahrgast im besten Fall einen Sparpreis von 19 Euro – und das nur, wenn er Wochen im Voraus bucht.“

Rhein-Neckar-Zeitung

über Nordkorea: „Vieles spricht dafür, dass Kim Jong Un tatsächlich zu ernsthaften Gesprächen bereit ist. Der nordkoreanische Diktator hat sich durch sein Atomprogramm und die martialischen Kriegsdrohungen in eine gute Verhandlungsposition gebracht. Wenn er nun eine verlässliche Sicherheitsgarantie des Westens herauschlagen und zudem die harschen Sanktionen gegen das isolierte und bettelarme Land abmildern könnte, hätte er alles erreicht, was er vermutlich mit seinen nuklearen Ambitionen bezweckt hat.“

KORREKTUR

In unserem Artikel „Bremen ist beliebt wie nie“ in der Dienstausgabe haben wir eine Zahl falsch genannt. Richtig ist, dass Tagesgäste jährlich etwa 1,3 Milliarden Euro in Bremen ausgeben. WK

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinststraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Stellvertretender Chefredakteur: Marcel Auermann

Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner

Chefreporter: Jürgen Hinrichs - Chefreporter Kultur/Medien: Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Helge Wagner

Bremen/Niedersachsen: Mathias Sonnenberg - Wirtschaft: Philipp Jaklin - Kultur: Iris Hetscher - Sport: Jörg Niemyer (komm.)

Leiter Zentralredaktion: Markus Peters - Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann - Art-Direktor: Franz Berding

Büro Lilienthal: André Fesser - Büro Osterholz-Scharmbeck: Antje Borstelmann - Büro Vegesack: Michael Brandt

Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung) - Büro Hannover: Peter Mlodoż - Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 34,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: David Koopmann, Tanja Bittner

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 72.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen: montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag: Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/3671100

Abonnenten-Service: Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020

E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de

abonnentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr): Telefon: 0800/3671222

*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/3671100

E-Mail: redaktion@weser-kurier.de

redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme: Telefon: 0421/36716655

Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)

Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)

E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de

anzeigen@bremer-nachrichten.de

Thomas Ganskow über die Kriminalitätsstatistik

Am 26. Februar wurde durch Landesinnenminister Boris Pistorius die Kriminalitätsstatistik 2017 veröffentlicht. Das ist sein Job. Doch sollte es nicht auch sein Job sein zu wissen, was er noch vor nicht einmal drei Monaten gesagt hat? Offenbar gehört er zur Kaste der Politiker, die nach dem Motto „Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern“ leben. Denn in der Statistik war etwas besonders Interessantes zu lesen: Die Zahl der Wohnungseinbrüche sei um 17 Prozent zurückgegangen. Dabei hatte der gleiche Minister Pistorius doch noch bei der Vorstellung einer Entschließung zu zukünftigen Maßnahmen der inneren

Sicherheit am 5. Februar 2017 im Niedersächsischen Landtag diese unter anderem damit begründet, dass sie durch eine steigende Zahl von Wohnungseinbrüchen notwendig werden. Woher hatte er wohl diese, offensichtlich nicht auf der Realität basierende Einschätzung?

Ansonsten gilt: Gesetzesverschärfungen brauchen wir nicht. Wir leben in Niedersachsen so sicher wie seit 35 Jahren nicht mehr. Nicht nur, dass das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, so gering ist wie nie zuvor in diesem Zeitraum. Die Aufklärungsquote bei Straftaten liegt mit 62,3 Prozent gut einen Punkt höher als im Vorjahr und auf zweithöchstem Stand der letzten zehn Jahre. Ein Dank an die gute und aufopferungsvolle Arbeit der überlasteten Polizei, die Unmengen von Überstunden vor sich herschiebt. Daran werden auch die von der Landesregierung angedachten 3000 neuen Stellen wenig

ändern. Denn jedes Opfer einer Straftat ist eines zu viel.

Hier aber bestätigt sich der Eindruck, dass die angekündigte Schaffung von Möglichkeiten wie elektronische Aufenthaltsüberwachung, Onlinedurchsuchungen (auch Staatstrojaner genannt) oder Quellen-Telekommunikationsüberwachung nicht der Kriminalitätsbekämpfung dient, sondern der allgemeinen Überwachung der Bevölkerung. Niemand kann ausschließen, dass diese Maßnahmen auch unbescholtene Bürger treffen. Das nennt man wohl Kollateralschaden.

Begründet wurde dies übrigens mit der angeblich steigenden Terrorgefahr. Und damit wurde genau die Horrorgeschichte genutzt, die das subjektive Unsicherheitsgefühl verstärkt. Wobei sich dies nur zu einem Teil durch diffuse Ängste darstellt. Viel wichtiger dafür, sich sicher zu fühlen, ist das direkte, tägliche Umfeld. Dafür

bräuchte es mehr Polizei auf der Straße. Bei Tag und vor allem bei Nacht.

Aber vielleicht will man das ja gar nicht. Unter dem Deckmantel der Sicherheit lässt sich Freiheit leicht einschränken oder abschaffen. Der Roman „1984“ von George Orwell war keine Anleitung. Boris Pistorius sollte endlich aufhören, die Menschen für dumm zu verkaufen.



Unser Gastautor

ist stellvertretender Vorsitzender der Piratenpartei Niedersachsen. Der 50-jährige Industriekaufmann führte bei der Landtagswahl 2017 die Liste der Piraten an.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.